

Krieg im Frieden?

Die Bundesrepublik Deutschland und die innergesellschaftliche Bewältigung von Konflikten im Rahmen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Inhalt:

1. EINFÜHRUNG.....	2
2. DIE DEUTSCHE GESELLSCHAFT UND DAS MILITÄR IM EINSATZ.....	4
2.1. REGIERUNGEN.....	4
2.2. PARTEIEN.....	6
2.3. DIE MEDIEN.....	9
2.4. GEWERKSCHAFTEN UND FRIEDENSBEWEGUNG	11
2.5. DAS VOLK – DIE BEVÖLKERUNG.....	11
3. TÖTEN UND STERBEN: KIRCHEN UND WISSENSCHAFT VOR SCHWIERIGEN ENTSCHEIDUNGEN.....	14
3.1. POLITOLOGIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN	14
3.2. KIRCHEN.....	16
4. HANDLUNGSPERSPEKTIVEN UND ZUSAMMENFASSUNG.....	18
5. LITERATUR	20
5.1. GEDRUCKTE QUELLEN	20
5.2. INTERNET	21

1. Einführung

Deutschland hat vor 65 Jahren zum letzten Mal wirklich Krieg geführt, den Zweiten Weltkrieg – eine weltgeschichtliche Katastrophe ungeheuren Ausmaßes, die sich nicht allein durch den Schrecken der Kampfhandlungen, sondern auch und gerade durch in deutschem Namen begangene Verbrechen tief in das Gemüt der Deutschen eingegraben hat. Das Ende dieses Krieges galt in Deutschland lange als Niederlage, als Untergang, bis ab etwa 1985 eine andere Sichtweise vorherrschend wurde: Seitdem gilt das Jahr 1945 als das Jahr der Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, als Beginn einer neuen, friedlichen und demokratischen Zukunft Deutschlands.

In den Jahrzehnten nach 1945 hatte Deutschland in Gestalt zweier Staaten zwar wieder die internationale Bühne betreten, aber mit stark begrenzter Souveränität. An die Formulierung einer eigenständigen Außenpolitik war nicht zu denken, einerseits wegen vertraglicher Beschränkungen, andererseits, weil die deutschen Staaten in Blöcke eingebunden waren, deren Politiken in ihren Grundzügen in Washington und Moskau festgelegt wurden. Die Konfrontation dieser beiden Blöcke schuf zwar eine latente Bedrohung, den Kalten Krieg. Das zum großen Teil durch Atomwaffen erzwungene Patt verhinderte jedoch effektiv das Ausbrechen eines wirklichen Krieges in Europa. Andernorts, in Asien, Afrika und Südamerika ausgetragene kriegerische Konflikte galten als Angelegenheit der beiden Supermächte, jedenfalls nicht als Ziel deutschen militärischen Engagements.

Die Bundesrepublik Deutschland bezog gleichwohl Stellung, sowohl im Kalten Krieg als auch in den übrigen Auseinandersetzungen. Die Regierungen seit Konrad Adenauer bauten eine neue deutsche Armee auf, die Bundeswehr, eine Armee, die mit fortschreitender Zeit immer weniger als eigentliches Instrument zum Kampf begriffen wurde, sondern als ein Teil der Abschreckung und damit der Bewahrung des Friedens. Große Teile der deutschen Öffentlichkeit dagegen vermochten die dem innewohnende Logik – Kämpfen zu können um nicht Kämpfen zu müssen – nicht nachzuvollziehen. Der Friede unter amerikanischer Atomglocke wurde zur Selbstverständlichkeit, zu einer Selbstverständlichkeit, die Raum bot für Pazifismus und die Idee eines ewigen Friedens, der durch Militär und Waffen nur gefährdet schien. Moral wurde für weite Kreise der Öffentlichkeit zum Maßstab von Außenpolitik.

Die von der deutschen Öffentlichkeit mit Bangen beobachtete Ost-West-Konfrontation löste sich ab 1989/90 in rasantem Tempo auf. Der eben bereits angesprochene ewige Friede schien angebrochen, das Relikt der Abschreckung entbehrlich, in einem durch zahlreiche Vertragswerke vernetzten Europa Krieg undenkbar. Die Bundeswehr verlor ihre bis dahin einzige Aufgabe, die Abschreckung im Rahmen der Landesverteidigung. Deutschland war nunmehr wieder vereint, souverän, hatte diese neue Selbständigkeit jedoch umgehend wieder beschränkt und deutlich gemacht, auch in Zukunft keine eigenständige Großmachtspolitik treiben zu wollen – eine Großmachtspolitik, die in unterschiedlichen Ausprägungen immerhin von den wichtigsten Partnern (USA, Großbritannien, Frankreich, in Grenzen Spanien und die Türkei) verfolgt wurde. Die militärische Unterfütterung von Außenpolitik schien demnach für Deutschland nicht in Frage zu kommen, zumal Deutschland auch keinen Anspruch auf mehr oder weniger exklusive Interessensphären in Europa oder anderswo erhob. Zur Grunddoktrin der deutschen Außenpolitik wurde die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und damit einhergehend die Zurückdrängung des eigenständig handelnden Nationalstaats als Grundbaustein der internationalen Ordnung.

Zur Überraschung der deutschen Öffentlichkeit stellte sich heraus, daß der Frieden weder weltweit noch in Europa wirklich gesichert war. Zahlreiche, im Kalten Krieg durch die beiden Blöcke kanalisierte Konflikte brachen wieder auf, diesmal nicht zwischen Ideologien, sondern zwischen Völkern, Nationen und vor allem Religionen. Die Vereinigten Staaten als einzig verbliebene Weltmacht waren gefordert, blutige Exzesse einzudämmen – aus deutscher Sicht freilich kein

Königsweg, wurde damit doch der Daseinszweck der großen internationalen Vertragswerke (VN, EG/EU, NATO, KSZE/OSZE) zweifelhaft. Wer an internationalen Lösungsmechanismen mitarbeiten oder diese stärken wollte, der mußte auch bereit sein, ihnen Machtmittel zur Verfügung zu stellen, also diplomatische Beziehungen, Geld – und letzten Endes auch Militär.

Die deutschen Regierungen erkannten dieses Problem, und sie verschlossen sich nicht den Zwängen, die die USA, aber auch andere Staaten und nicht zuletzt die internationalen Organisationen an Deutschland herantrugen. Obwohl verfassungsrechtlich darauf kaum vorbereitet, entsandte Deutschland immer wieder Kontingente der Bundeswehr in Gebiete, die bislang für die Bundesrepublik allenfalls Länder diplomatischen Engagements gewesen waren.

Deutschland wurde auf diese Weise zum Geber von Truppen für Einsätze internationaler Organisationen. Aber es bewahrte eine Zurückhaltung, die der deutschen Befindlichkeit entsprach: Man stellte Logistik, Sanitäter, gegebenenfalls Ausklärungsmittel. Und all das manchmal in beachtlichen Kontingenten. Was Deutschland lange zu vermeiden suchte, war die Entsendung von Kämpfern, die wirklich kämpfen sollten. Die Einsätze der Bundeswehr wurden so vor der deutschen Öffentlichkeit zu Friedenseinsätzen: Deutsche Soldaten bauten Brunnen, errichteten Krankenhäuser, setzten Straßen und Häuser instand. Zur Geltung kamen Nebenfähigkeiten einer Armee, aber nicht die Hauptfähigkeit: Zu töten und zu zerstören. Diese Aspekte der jeweiligen Einsätze blieben, zumindest vor den Augen der deutschen Bevölkerung, Aufgabe der verbündeten Staaten.

Deutschland – seine Politiker ebenso wie seine Bevölkerung und die verschiedenen Glieder der öffentlichen Meinung – mußte sich in den ersten zehn Jahren nach der Wiedervereinigung kaum mit wirklichem Krieg auseinandersetzen: Deutsche Beteiligungen an Missionen der VN, der NATO und der EG/EU beschränkten sich, wie bereits angedeutet, auf das, was man Stabilisierung nennt. Krieg, Kampf, Töten und im Kampf Sterben blieben Aspekte militärischer Einsätze, mit denen sich die Deutschen kaum zu beschäftigen hatten. Bis zum Jahr 2001, dem Jahr, in dem der fundamentalistische Islam mit ungeheurer Breitenwirkung das Herz der sogenannten westlichen Kultur angriff.

In dem seitdem von den USA erklärten *Krieg gegen den Terror* engagierte sich auch Deutschland. Diesmal handelte es sich nicht um Nachsorge bei bereits eingedämmten Konflikten, sondern um den offensiven Kampf gegen die Basen des islamistischen Terrors. Die Regierung Schröder/Fischer erklärte sich bereit, auch Kampftruppen zu entsenden – allerdings nur ein begrenztes Kontingent an Spezialkräften, dessen Einsatz größtenteils geheim war und folglich in der Öffentlichkeit nicht recht wahrgenommen wurde. An der zunächst umfangreichsten amerikanischen Unternehmung, dem Irak-Krieg, beteiligte sich Deutschland dagegen demonstrativ nicht. Erst der zunächst recht zögerlich angelaufene Afghanistan-Einsatz sollte angesichts der sich immer weiter zuspitzenden Lage dort die Frage aufwerfen, wie denn die deutsche öffentliche Meinung sich zur Frage des Tötens und Sterbens in concreto positionieren würde.

Zunächst waren nur deutsche Verluste zu verzeichnen, entweder durch Sprengstoff-Anschläge oder aber durch Unfälle. Das beunruhigte zwar die deutsche Öffentlichkeit, wurde jedoch nicht zum Scheidepunkt der Debatte. Dieser kam erst, als die Bundeswehr in direkte Gefechte verwickelt wurde, erneut Verluste erlitt – und selbst gezielt tötete, und das nicht immer nur in engbegrenzter Selbstverteidigung, sondern auch bei offensiven Aktionen, wobei auch afghanische Zivilisten ums Leben kamen. Das war kein Brunnenbauen mehr, kein humanitärer Einsatz, sondern militärische Kriegführung.

Führt Deutschland nun Krieg oder nicht? Was dürfen deutsche Truppen im Einsatz, vor allem, dürfen sie Töten? Wie ist mit getöteten Zivilisten umzugehen? Soll Deutschland überhaupt kriegerische, von Kampf geprägte Einsätze durchführen? Wie viele Verluste muß und kann Deutschland ertragen? Und wofür, also: für welche Ziele genau wird die Bundeswehr ins Ausland

entsandt? All das sind Fragen, die zwischen Regierung und Öffentlichkeit, aber auch in der Bevölkerung kontrovers diskutiert werden.

Die Bundeswehr steht in dieser Diskussion als ausführendes Organ des deutschen Staates eigentlich am Rande: Sie verfügt über militärischen Sachverstand, kann aber nicht eigenständig argumentieren, da die äußeren Umstände der Einsätze auf politischer Ebene festgelegt werden. Sie ist in der Diskussion mehr Objekt als handelndes Subjekt, wird angegriffen und verteidigt, manchmal auch gleichgültig betrachtet. Gleichwohl muß es der Bundeswehr möglich sein, wenigstens ihren Auftrag in der Öffentlichkeit effizienter darzustellen und für das zu werben, was aus militärischer Sicht zur Auftragerfüllung notwendig ist. Die Frage ist also: Wie können die deutschen Streitkräfte ihr Tun darstellen, um das zu gewinnen, was für eine Parlamentsarmee in einer pluralistischen Demokratie unverzichtbar ist – den Rückhalt in Bevölkerung und öffentlicher Meinung?

2. Die deutsche Gesellschaft und das Militär im Einsatz

2.1. Regierungen

Zwar gehen die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland aus Parteien hervor. Gleichwohl bilden sie als Staatsführung einen eigenständigen Faktor, in dessen Handeln parteipolitische Vorstellungen, individuelle Einstellungen der Regierungsmitglieder sowie Einflüsse aus der eigenen Verwaltung und von auswärtigen Akteuren zusammenfließen. Regierungsarbeit ist deshalb niemals die vollkommene Umsetzung von Parteiprogrammen, ja sie steht zuweilen sogar im Dissens mit diesen.

Alle Regierungen des wiedervereinigten Deutschland waren gezwungen, Entscheidungen über den Einsatz der Bundeswehr im Ausland zu treffen: Die schwarz-gelben Kabinette unter Helmut Kohl und Angela Merkel ebenso wie die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder und die große Koalition unter Angela Merkel. Auf diese Weise waren Repräsentanten ganz unterschiedlicher politischer Strömungen federführend an den Entscheidungen über die Auslandseinsätze beteiligt, nämlich alle im Bundestag vertretenen Parteien außer der PDS bzw. Linkspartei.

Die Regierungen seit 1990 hatten erhebliche Probleme, Auslandseinsätze vor der eigenen Gesellschaft zu rechtfertigen. Der in manchen anderen Staaten mögliche Rückgriff auf explicit nationalstaatliche Interessen in der jeweils in Frage kommenden Region blieb der deutschen Administration verschlossen – schließlich hatte man seit dem Zweiten Weltkrieg keine exklusiv deutschen Interessensphären definiert, vor allem nicht solche, die auch mit militärischen Mitteln zu verteidigen oder zu unterstützen wären. Die regierungsseitig angeführte Begründung für die Existenz der Bundeswehr, also die Landesverteidigung, war angesichts von den deutschen Grenzen weit entfernter Konfliktherde auch nur mit erheblichen Verrenkungen zu bemühen. Und eine Debatte um Zonen und Ziele deutscher Interessen in der Welt mußte angesichts der innenpolitischen Voraussetzungen schwammig bleiben. So kristallisierten sich letztlich drei Begründungsmuster für Auslandseinsätze heraus:

Erstens der Zwang, im Rahmen der deutschen Staatsraison Multilateralität zu verfolgen und internationale Organisationen zu stärken. Diese Argumentation versuchte, Auslandseinsätze über das Engagement von UNO, EU und NATO zu erklären, mit der Begründung, diese Organisationen würden bei deutscher Verweigerung erheblich geschwächt.

Zweitens, namentlich unter rot-grüner Regierung, der Rückgriff auf die deutsche Geschichte. Dieser hatte auf Seiten der deutschen Linksparteien bis dahin (bis zum Kosovo-Krieg) dazu

gedient, deutsches militärisches Engagement abzulehnen, wurde unter der Regierung Schröder aber gleichwohl zum Argument *für* ein militärisches Eingreifen umgestaltet – es gälte, einen Völkermord zu verhindern bzw. zu beenden, mit anderen Worten, eine sich andeutende Wiederholung der Exzesse des Zweiten Weltkriegs zu bekämpfen.

Drittens blieb das Begründungsmuster des humanitären Notstandes, den es zu lindern gälte, ein Gesichtspunkt, der bei nahezu allen Auslandseinsätzen Verwendung fand.

Alle Begründungen der jeweiligen Regierungen hatten ein entscheidendes Problem: Sie waren nicht geeignet, in der Bevölkerung und der öffentlichen Meinung allgemein akzeptiert zu werden. Ursächlich für diesen Glaubwürdigkeitsmangel war das strikte Festhalten der Regierungen an den eben angesprochenen Begründungsmustern, die entweder von der Bevölkerung nicht verstanden (wegen ihrer Komplexität, besonders im Fall der internationalen Organisationen) oder aber von der öffentlichen Meinung als vorgeschoben oder jedenfalls nicht konsequent verfolgt gebrandmarkt wurden (beim Rückgriff auf die Geschichte und dem humanitären Notstand).

Die deutschen Regierungen steckten und stecken in einem Dilemma: Die konkrete Ausgestaltung der Auslandseinsätze erfolgt im Regelfall in enger Abstimmung, zuweilen auch auf Druck wichtiger Partnerstaaten und –organisationen. Erst dieser Umstand vermag zu erklären, weshalb deutsche Truppen z.B. in Afghanistan und nicht im Sudan eingesetzt werden, zu welchem Zeitpunkt eine Operation beginnt und beendet wird, welche Taktik verfolgt wird und welche eben nicht. Gerade personal- und materialintensive Bundeswehreinätze folgen oft außenpolitischen Schwerpunkten der Vereinigten Staaten, die nun einmal die Schutzmacht Deutschlands und zugleich der wichtigste Verbündete sind. Würden die Regierungen jedoch vor der deutschen Öffentlichkeit zugeben, die Bundeswehr käme eigentlich als amerikanische Hilfstruppe zum Einsatz, wäre die politische Durchsetzung vor der eigenen Bevölkerung kaum möglich. Also bemühten sich die deutschen Regierungen immer, genau diesen (vielleicht wichtigsten) Aspekt der Auslandseinsätze herunterzuspielen, nach Möglichkeit auch hinter verschlossenen Türen zu klären. Damit aber verbleibt die Begründungslast bei der deutschen Regierung selbst: Die rot-grüne Administration Schröder sah sich gezwungen, für die serbische Politik im Kosovo den Vergleich mit Auschwitz zu bemühen, und diese und andere Regierungen stellten den humanitären Zweck der Einsätze in den Vordergrund. Nur konnten sie damit nicht hinreichend erklären, warum die geographische Auswahl der Einsatzorte eben so und nicht anders erfolgte – warum also im Kosovo ein neues Auschwitz drohte, gegen das auch die Bundeswehr angehen müßte, in Ruanda, im Kongo und im Sudan (um nur einige Beispiele zu nennen) aber nicht. Oder warum Brunnen- und Straßenbau, Mädchenschulen und Demokratisierung in Afghanistan so wichtig sind, daß tausende deutscher Soldaten dabei helfen müssen, die gleichen Dinge aber anderswo ausschließlich mit diplomatischen und finanziellen Mitteln vorangetrieben werden, wenn überhaupt.

Ähnlich diffizil gestaltet sich das Verhältnis der Regierungen zur Anwendung tödlicher, militärischer Zwangsmittel. Da die Begründung der Auslandseinsätze auf dem eben skizzierten Fundament ruht, erscheint die Anwendung tödlicher Gewalt nur in Notwehr oder Nothilfe gerechtfertigt, nicht aber zur Durchsetzung bestimmter Ziele gegen einen sich widersetzenden Gegner. Daraus resultieren komplexe und der Öffentlichkeit nur schwer erklärbare Einsatzregeln (*Rules of Engagement*, ROE) – wie etwa das Verbot, einem aggressiven Gegner bei dessen Flucht hinterher zuschießen oder des Waffenschmuggels verdächtige Schiffe auch gegen den Willen der Besatzung zu entern, Aktionen, die dann zuweilen von den Streitkräften verbündeter Staaten durchgeführt werden müssen. Dieser unbedingte Wille, Opfer zu vermeiden, schwächt die Position der Regierung in der innenpolitischen Debatte ganz enorm, wird er doch von der Bevölkerung nicht verstanden und in den Medien als nicht konsequent kritisiert.

Aus rechtlichen, besonders aber aus den angedeuteten politischen Gründen vermieden und vermeiden die deutschen Regierungen Begriffe wie *Krieg*, *Kampf*, *Schlacht*, *Tapferkeit*, *Held*, lange Zeit auch den Terminus *Gefallene*. Natürlich steht die Bundesregierung auf rechtlich einwand-

freiem Grund, wenn sie die Einsätze und ihre Folgen mit korrekten Begriffen aus der Rechtswissenschaft umschreibt – aber sie wird damit nicht dem Erfordernis gerecht, ihre Handlungen und die der Bundeswehr und Verbündeten der Bevölkerung verständlich zu beschreiben. Die Unmöglichkeit, eine angemessene Diskussion zwischen Regierung und Öffentlichkeit zu führen, liegt zum großen Teil an Begriffen: *Friedenszwingende Maßnahme* statt *Krieg*, *Stabilisierung* statt (u.U.) *Partisanenkampf*, *Pflichterfüllung* statt *Tapferkeit*, *Opfer* statt *Gefallener*. Der Verzicht auf solche – zur Zeit des Nationalsozialismus überstrapazierte und deshalb heute suspektere – Begriffe ist zwar geeignet, eine überbordende Opposition innerhalb der deutschen Öffentlichkeit zu vermeiden, aber er verhindert auch die Solidarisierung der Deutschen mit ihrer Armee im Einsatz und die verbal korrekte Beschreibung dessen, was die Bundeswehr nun einmal im Ausland tut und tun muß. Andererseits dürften die Regierungen einer solchen Solidarisierung aus anderen Gründen auch skeptisch gegenüberstehen – schließlich besteht die Gefahr einer Nationalisierung der deutschen öffentlichen Meinung, vor allem aber der Bevölkerung, die die politische Gesamtlage in der Bundesrepublik verändern könnte und wichtige Elemente des bundesrepublikanischen Grundkonsenses in Frage stellen dürfte.

2.2. Parteien

Die Parteienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland trägt in hohem Maße zur Formung praktischer Politik bei, übernimmt aber gleichzeitig auch eine Scharnierfunktion zu anderen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen. In Parteien werden Grundvorstellungen von Politik entwickelt, die dann in die Arbeit von Exekutive und Legislative einfließen. Solche Grundvorstellungen werden im Regelfall in Gestalt von Partei- oder Grundsatzprogrammen formuliert, die den gemeinsamen Nenner der zuweilen weit auseinanderdriftenden Flügel, Gruppierungen und Interessengemeinschaften innerhalb der Parteien bilden. Dem grundsätzlichen Charakter entspricht, daß die Ausführungen in den Programmen oft recht allgemein gehalten werden – also in Bezug auf das hier zu erörternde Thema wenig Aussagekraft entfalten.

Die *Christlich-Demokratische Union* (CDU) sieht die Auslandseinsätze der Bundeswehr im größeren Zusammenhang eines Konzeptes der „vernetzten Sicherheit“, in dem zivile Auf- und Ausbaumaßnahmen und militärisch erzeugte Sicherheit eng ineinandergreifen. Die deutschen Streitkräfte werden als Instrument der Krisen- und Konfliktbewältigung verstanden, nicht mehr nur als ein solches der Landes- und Bündnisverteidigung.¹

Ebenso wie die CDU verfißt auch deren Schwesterpartei, die *Christlich-Soziale Union* (CSU), die Vorstellung von einer vernetzten Sicherheit, also die Ansicht, dass erst über das Militärische hinausgehende Ansätze Krisen lösen, eindämmen oder beenden können. Besonders betont wird im Parteiprogramm der CSU die Notwendigkeit zur Kooperation mit EU(-Partnern), den Vereinigten Staaten (NATO) und anderen internationalen Institutionen und Organisationen. In einem eigenen Abschnitt geht das Parteiprogramm auch auf die Bundeswehr ein. Für Auslandseinsätze werden vier Forderungen aufgestellt, ohne deren Erfüllung Deutschland nach CSU-Vorstellungen keine Soldaten einsetzen sollte: Erstens die Völkerrechts- und Grundgesetzkonformität, zweitens die Orientierung an den Werten Deutschlands, drittens die sicherheitspolitische Notwendigkeit (was auch die Stärkung internationaler Organisationen einschließen kann) sowie viertens Eingrenzung hinsichtlich von Raum, Zeit und Umfang bei gleichzeitiger optimaler Ausrüstung und Ausbildung der eingesetzten bzw. einzusetzenden Soldaten.²

¹ CDU-Parteiprogramm von 2007 (<http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf>), §§ 358-361.

² CSU-Grundsatzprogramm von 2007 (<http://www.csu.de/dateien/partei/gsp/grundsatzprogramm.pdf>), S. 161-163 und 170-171.

Generelle Aussagen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr finden sich ebenfalls im Programm der *Freien Demokratischen Partei* (FDP) für die Bundestagswahl 2009. Militärische Maßnahmen werden von der FDP erst dann in Erwägung gezogen, wenn friedliche Mittel des Konfliktmanagements sich als wirkungslos erwiesen haben. Der Einsatz in Afghanistan sei fortzuführen, bis das Konzept der vernetzten Sicherheit dort greifen könne – also für eine überschaubare Zukunft. Piraterie gelte es entschlossen und aktiv zu bekämpfen. Für zwingend notwendig hält die FDP klare völkerrechtliche Grundlagen einer jeden äußeren Bundeswehroperation, die Multilateralität aller Einsätze (Ablehnung nationaler Alleingänge) sowie die Optimierung der Bundeswehrstrukturen in Bezug auf die wahrscheinlichsten Konfliktszenarien der näheren Zukunft.³

Die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (SPD) geht in ihrem 2007 aufgestellten Grundsatzprogramm nicht näher auf die Einsätze der Bundeswehr im Ausland ein. Das 79-seitige Dokument behandelt überhaupt nur an wenigen Stellen Belange der Sicherheitspolitik. Demnach wird Krieg als Mittel der Politik generell abgelehnt und der Einsatz militärischer Gewalt als ultima ratio begriffen, vor allem bei der Bekämpfung von Terrorismus. Um überhaupt militärischen Operationen im Ausland zustimmen zu können, nennt die SPD drei Bedingungen: Legitimierung durch die Vereinten Nationen, Zustimmung der Bundestages und das deutsche Interesse, das hier als Weltfrieden und „Wohlfahrt der Nation“ begriffen wird. Deutschland und Europa werden als Friedensmächte definiert, wobei der Europäischen Union sicherheitspolitisch ein hoher Stellenwert zukommt.⁴

Die Partei *Bündnis 90/Die Grünen* (kurz: Grüne) sieht in jeglicher Form militärischer Gewalt ein „großes Übel“, gleichgültig, welche Beweggründe oder Ziele mit dem jeweiligen Einsatz verbunden sind. Folglich treten die Grünen auch für den absoluten Vorrang nicht-militärischer Konfliktlösungsstrategien ein. Aber sie akzeptieren, daß Militär im Völkerrecht legitimiert ist. Für die Bundeswehr gelte, daß alle auswärtigen Operationen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht geschehen sollten – und getragen von einem Mandat der Vereinten Nationen. Alle Einsätze sind, so die Grünen 2002, in internationaler Kooperation durchzuführen, reine Bundeswehroperationen ohne die Beteiligung von Bündnispartnern abzulehnen. „Klassische Interventionen“ dürften nicht stattfinden, ebenso Einsätze, die auf rein nationale Interessen abheben (wenn diese anders definiert werden als Frieden, allgemeingültige Werte usw., also etwa für Rohstoffe und Handelswege).⁵

Die *Linke* verfügt zur Zeit (März 2010) noch über kein verabschiedetes Parteiprogramm, sondern nur über einen von einer Kommission vorbereiteten Entwurf dazu. Demnach soll Deutschland alle Kampfeinsätze (auch mandatierte gem. Kap. VII UN-Charta) unverzüglich abbrechen und in Zukunft nicht mehr durchführen. Anders als viele andere Parteien lehnt die Linke Vorstellungen von einer vernetzten Sicherheit, also das Ineinandergreifen und die Verbindung militärischer und ziviler Lösungsmechanismen strikt ab. Allgemein sind, so die Linke, stets zivile Konfliktmanagementstrategien anzuwenden, militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr dagegen als Option zu verwerfen.⁶

Die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) verfolgt zwar keine pazifistische Grundlinie, lehnt aber aus anderen Gründen die momentan laufenden Auslandseinsätze ab: Die von den meisten anderen Parteien positiv bewertete und für Deutschland als existentiell wichtig bezeichnete Multilateralität deutscher Einsätze unter dem Dach von VN bzw. NATO gilt der NPD als „internationale Großmachtpolitik“, die abzulehnen sei – im Falle der VN zumindest solange, bis die sogenannte Feindstaatenklausel aus der VN-Charta gestrichen sei. Generell wird ein Ein-

³ FDP-Programm zur Bundestagswahl 2009 (http://www.fdp-bundespartei.de/files/653/Deutschlandprogramm09_Endfassung.PDF), S. 72-74.

⁴ Hamburger Programm (http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Hamburger-Programm_final.pdf), S. 20, 23, 25-26 und 29-30.

⁵ Grünen-Programm von 2002 (http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/68/68425.grundsatzprogramm_die_zukunft_ist_gruen.pdf), S. 159-163.

⁶ Programmentwurf der Linken von 2010 (http://die-linke.de/fileadmin/download/programmdebatte/100320_programmentwurf_final.pdf), S. 21-22.

satz deutscher Streitkräfte an eng auszulegende nationale Interessen gebunden, an nationale Interessen, die nicht wie bei den meisten übrigen Parteien als die Einbettung der Bundesrepublik in Multilateralität und internationale Vertragsstrukturen definiert werden.⁷

Alle fünf Parteien, die in den letzten Jahren Regierungsverantwortung getragen haben (CDU, CSU, FDP, Grüne, SPD) sind also unter gewissen Voraussetzungen bereit, die Bundeswehr in Auslandseinsätze zu führen. Parteiübergreifend gehören zu diesen Voraussetzungen die Völkerrechtskonformität und Multilateralität der jeweiligen Operation. Die weitestgehenden Einschränkungen formuliert die aus der Friedensbewegung hervorgegangene Grünen-Partei, die Einsätze zur Durchsetzung eng definierter nationaler Interessen vermeiden möchte – eine Option, die wenigstens die bürgerlichen Parteien nicht ausschließen wollen.

Die noch nicht auf Bundesebene in Regierungsverantwortung gewesenen Parteien am rechten und linken Rand des politischen Spektrums (Linke und NPD) lehnen beide aus unterschiedlichen Gründen die derzeit laufenden und in Zukunft denkbaren Auslandseinsätze nachdrücklich ab.

Nun sagen die Parteiprogramme, das wurde bereits angedeutet, nur wenig aus über die tatsächliche Positionierung einer Partei zu konkreten Fragen der Gestaltung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Im politischen Tagesgeschäft sind es eher die Positionen von Spitzenpolitikern und Fraktionen, die in diesem Zusammenhang zählen, manchmal bereichert um Parteitagsbeschlüsse zu bestimmten Themen.

Abgesehen von der Linken und der NPD tragen alle angesprochenen Parteien Auslandseinsätze generell mit – solange diese Einsätze sich im bislang üblichen Rahmen bewegen, also keinen Schwerpunkt auf die offensive Bekämpfung eventueller Gegner legen und durch die VN und andere obligatorische Instanzen mandatiert sind. Aktuelle, vergangene und zukünftige Konfliktlinien in der politischen Landschaft Deutschlands liegen genau bei diesen Themen: Kampf und Mandatierung.

Die Unionsparteien CDU und CSU neigen seit Jahren dazu, rechtliche Hürden für Einsätze der Bundeswehr abzubauen bzw., nach Diktion der beiden Parteien, Bundeswehreinsätze praxis- und realitätsnäher zu gestalten: Im Fall der Bundestagszustimmung stehen zumindest Teile der Union für vereinfachte Verfahren und die Möglichkeit, Auslandseinsätze unter bestimmten Bedingungen auch begrenzte Zeit ohne Parlamentsbeschluß, also nur auf Initiative der Regierung durchführen zu können. Realitätsnähe heißt für die Union, Einsätze in multinationaler Kooperation – andere, rein nationale der Bundeswehr sind ohnehin nicht vorgesehen – nach den Regeln und Verfahren planen, starten und durchführen zu können, nach denen auch die militärischen Partner Deutschlands handeln. Deutschland soll, so die Union, auf längere Sicht seine sicherheitspolitische, auf einem System von Selbstbeschränkungen basierende Sonderrolle im Bündnissystem aufgeben und sich zumindest in gewissen Bereichen anderen Staaten angleichen. Das gilt für viele Aspekte von Bundeswehreinsätzen: Solche sollen im Inland möglich werden, nicht zwangsweise an VN-Mandatierungen gebunden sein, in bestimmten Fällen ohne Beteiligung des Bundestages starten können – und auch den offensiven Kampf mit militärischen Mitteln beinhalten dürfen. Gleichzeitig ringt die Union darum, die als unzureichend beklagte Rechtssicherheit für deutsche Soldaten im Auslandseinsatz zu verbessern, etwa durch das Eingeständnis, in Afghanistan herrsche Krieg, aber auch durch die Errichtung bestimmter Staatsanwaltschaften zur Untersuchung von Vorfällen während eines Auslandseinsatzes. Insgesamt stehen die Unionsparteien in ihrer breiten Mehrheit in ihrem Selbstverständnis der im Ausland eingesetzten Bundeswehr zur Seite, sehen ihre Aufgabe weniger in Kontrolle denn in Unterstützung. Das Verhältnis von CDU und CSU zur Bundeswehr und deren Auslandseinsätzen ist ein unverkrampftes, im Grunde positives, das von Vertrauen geprägt ist.

⁷ NPD-Parteiprogramm von 1996 (http://medien.npd.de/dateiablage/Parteiprogramm_2010.pdf), Abschnitt 15.

Im politischen Alltagsgeschäft tritt diese insgesamt positive Einstellung zu Bundeswehr und Auslandseinsätzen freilich nicht immer hervor, etwa dann nicht, wenn Unionspolitiker sich bemühen, als unangenehm empfundene oder der Bevölkerung vermeintlich schwer vermittelbare Facetten von Einsätzen durch verharmlosende Wortwahl zu relativieren oder zu leugnen.⁸

SPD und Grüne stehen im Vergleich dazu Gewalt anwendenden Auslandseinsätzen und auch der Bundeswehr allgemein erheblich kritischer gegenüber. Beide Parteien vereinen in sich verschiedene Flügel, deren sicherheitspolitische Grundeinstellungen sich stark voneinander unterscheiden. Beide Parteien verfügen über Gruppierungen, die die Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik akzeptieren. Durch die enge Verzahnung mit der Friedensbewegung gibt es jedoch in beiden Parteien auch große Lager, die den Einsatz von Militär generell ablehnen, zumindest aber militärische Gewalt nicht anzuwenden bereit sind.

Diese Gespaltenheit der eigenen Partei führt zu außerordentlichen Begründungszwängen, wenn in Regierungsverantwortung, ja sogar in der Oppositionsrolle gewaltanwendende Bundeswehreinsätze parlamentarisch bzw. propagandistisch getragen werden sollen. Als gutes Beispiel kann das Vorgehen der rot-grünen Regierung zu Zeiten der Krise im Kosovo dienen: Einerseits erklärten Außenminister Fischer (Grüne) und Verteidigungsminister Scharping (SPD) die Interventionen von NATO zu einem moralischen Imperativ, indem sie zwei wichtige Lehrsätze der bundesrepublikanischen Geschichte in eine ganz neue Beziehung brachten: „Nie wieder Krieg!“ und „Nie wieder Auschwitz!“ als eigentlich problemlos nebeneinander stehende Dogmen deutscher Politik wurden neu gewichtet – Fischer und Scharping definierten „Nie wieder Auschwitz!“ als eindeutig wichtiger.⁹ Allerdings reichte selbst die maßlose Überzeichnung des Gegners nicht aus, um die Fraktionen von SPD und Grünen vollständig auf Regierungskurs zu bringen, von den Parteien ganz zu schweigen. Erst die Verknüpfung mit dem weiteren Fortbestehen der Koalition durch Bundeskanzler Schröder garantierte eine eigene rot-grüne Mehrheit, 2001 – bei einer erneuten Abstimmung über deutsches Engagement im Rahmen des *Krieges gegen den Terror* – gipfelnd in der Vertrauensfrage.

Wie stark auf Seiten der politischen Linken die Tradition der Friedensbewegung verwurzelt ist und wie mobilisierend demonstrative Verweigerung von Militäreinsatz sein kann, bewies die Regierung Schröder/Fischer 2002, als sie die deutsche Nicht-Beteiligung am Irak-Krieg in den Mittelpunkt ihres Bundestagswahlkampfes stellte – und diesen gewann.

2.3. Die Medien

Natürlich begleitet auch die deutsche Medienlandschaft die Auslandseinsätze der Bundeswehr ebenso wie das Phänomen militärischer Gewaltanwendung in all seinen Ausprägungen. Die Medienlandschaft ist von gewaltiger Bandbreite: Fernsehsender, Radioprogramme, reine Internetauftritte und natürlich gedruckte Zeitungen und Zeitschriften – die zum Teil auch über das Internet verfügbar sind. Hier sollen, aus Gründen der Übersichtlichkeit, die gedruckten Medien im Vordergrund stehen. Der Fokus liegt auf wenigen großen deutschlandweit verbreiteten Zeitungen und Magazinen, die die Führung hinsichtlich der Meinungsbildung übernommen haben und die auch in der Lage sind, mit einem eigenen journalistischen Apparat relativ selbständig Positionen und Standpunkte herauszubilden – was bei vielen regionalen Medien nicht der Fall ist. Gleichwohl leiden auch die großen Druckmedien unter dem Problem, Recherche

⁸ Siehe z.B. Weiland, Severin, Der weichgespülte Kampfeinsatz, in: Der Spiegel vom 10.01.2008 (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,527869,00.html>), und ders., Das böse Wort vom Kampfeinsatz, in: Der Spiegel vom 04.09.2006 (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,435022,00.html>).

⁹ Vgl. die Betrachtungen dazu bei Erler, Gernot, Mission Weltfrieden – Deutschlands neue Rolle in der Weltpolitik, Freiburg/Basel/Wien 2009, S. 45-46.

gerade dort, wo gefährlich Bundeswehreinmärsche stattfinden, nur eingeschränkt betreiben zu können.

Große Druckmedien sind im Regelfall in der politischen und gesellschaftlichen Landschaft Deutschlands mehr oder weniger eindeutig zu verorten. Sie schreiben für eine bestimmte Klientel, von deren Abonnements und Käufen sie leben und die deshalb nicht dauerhaft verprellt werden darf. Das wirkt sich aus: Am wenigsten noch bei der knappen Darstellung von Fakten, die oft von Nachrichtenagenturen übernommen werden, wenngleich auch hier eine gewisse Auswahl stattfinden kann. Wichtiger sind jedoch wertende Äußerungen in solchen Meldungen, vor allem aber Kommentare, die bestimmte Entwicklungen und Ereignisse erst in einen größeren Zusammenhang bringen und in Handlungsempfehlungen für die Politik gipfeln.

Hier soll, um die Druckmedienlandschaft halbwegs repräsentativ abzubilden, auf folgende Blätter eingegangen werden: Auf die *Junge Freiheit* als Medium für eher rechte Leser, auf die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) als staatstragende konservative Tageszeitung, auf die *Zeit* und den *Spiegel* als linksliberale Wochenorgane, auf die *Tageszeitung* (taz) als tendenziell den Grünen nahestehendes Blatt sowie auf das *Neue Deutschland* als Zeitung linker Provenienz.¹⁰

Alle der genannten Blätter beobachten die Auslandseinsätze der Bundeswehr und vor allem in Zusammenhang damit stehende militärische Gewalt überaus kritisch – allerdings mit bemerkenswerten Unterschieden in der Akzentuierung. Ebenso zieht sich als roter Faden durch alle die Forderung an Politik und Gesellschaft, endlich ein Konzept zu erarbeiten, das schlüssig militärisches Engagement der Bundesrepublik zu erklären und auszugestalten vermag.

Eine Sonderposition nimmt das Neue Deutschland ein, das, angelehnt an die Linkspartei, Auslandseinsätze und militärische Gewalt der Bundeswehr strikt ablehnt. Alle anderen der genannten Blätter akzeptieren die Einsätze als solches, wenngleich auch nicht in all ihren Aspekten. Häufig bemängelt wird der Ausrüstungszustand der Bundeswehr, auch werden Widersprüche zwischen Realität und den Einsatzregeln aufgedeckt. Militärische Gewaltanwendung wird am ehesten noch von der FAZ gutgeheißen, während die liberalen und linken Blätter das Töten durch deutsche Soldaten öfter aus der Perspektive vermeintlich unschuldiger ziviler Opfer betrachten und damit die Legitimität der Bundeswehrhandlungen anzweifeln.

Die von allen der genannten Presseorgane angemahnte Suche nach einem sicherheitspolitischen Grundkonsens in der Bundesrepublik ist freilich nicht immer weiterführend, weil die jeweils von den Zeitungen verfochtenen Zielvorstellungen in diesem Bereich zu stark auseinanderliegen: Während die Junge Freiheit tendenziell eine stärkere Berücksichtigung eng definierter nationaler Ziele fordert und die FAZ prinzipiell bereit ist, eine Anpassung deutscher Verfahrensweisen an die der Verbündeten hinzunehmen, stehen die übrigen Blätter zu derart drastischen Veränderungen im sicherheitspolitischen Konsens der Bundesrepublik in weitaus kritischerer Position. Damit aber dürfte sich die Chance, einen auch für die mittel- und langfristige Zukunft tragbaren Kompromiß zum Thema Sicherheitspolitik herauszuarbeiten, extrem verringern und die unsichere politische Lage der Jetzt-Zeit auch in Zukunft fortbestehen – mit der Folge, daß in der öffentlichen Meinung jedesmal wieder aufs Neue um die Anwendung militärischer Gewalt gerungen werden muß.

Die gesamte Presse leidet – wie auch alle anderen Medien – darunter, daß für Berichte über (mit Kampf verbundene) Auslandseinsätze der Bundeswehr nur höchst unzureichende Quellen zur Verfügung stehen. Offizielle Pressemeldungen der Bundeswehr bzw. der jeweiligen Kommandobehörden von NATO, EU oder VN sind kaum ausreichend, um dem Publikum ein wirklichkeitstreuere Bild der Lage zu vermitteln. Eine Recherche in den Einsatzländern selbst ist für Journalisten oft nur im Gefolge der Bundeswehr bzw. ihrer Verbündeten durchführbar. Eine

¹⁰ Die Zahl der in den letzten Jahren zu den Themen Bundeswehr, Auslandseinsatz und militärische Gewaltanwendung erschienener Artikel in den genannten Druckmedien ist so hoch, daß sie hier nicht einzeln zitiert werden können. Vgl. die jeweiligen Online-Auftritte: Junge Freiheit (<http://www.jungefreiheit.de/>), FAZ (<http://www.faz.net/s/homepage.html>), Die Zeit (<http://www.zeit.de/index>), Spiegel (<http://www.spiegel.de/>), Tageszeitung (<http://www.taz.de/>), Neues Deutschland (<http://www.neues-deutschland.de/>).

Ergänzung dazu können höchstens Interviews mit einzelnen Soldaten oder aber mit bestimmten Gewährleuten des Einsatzlandes bieten – letzteres ein gefährliche und auch unzuverlässige Option, weil kaum ein Journalist in der Lage sein dürfte, seinen Gesprächspartner genau im jeweiligen lokalen Netzwerk zu verorten. Die Folge dieses Quellenmangels sind immer wieder Berichte, die die Situation verzerrt oder gänzlich falsch darstellen, was gleichzeitig Vermutungen und Interpretationen Raum gibt.

2.4. Gewerkschaften und Friedensbewegung

Neben Parteien und Medien sind an der öffentlichen Meinungsfindung auch noch andere Akteure beteiligt, solche, die zwar als eigentlichen Zweck ihres Bestehens keine schwerpunktmäßig allgemeinpolitische Aufgabe definiert haben, die aber dennoch einen gewissen Platz im politischen Spektrum Deutschlands einnehmen und sich darin engagieren. Dazu zählen namentlich die Gewerkschaften (DGB) sowie zahlreiche Gruppen innerhalb der Friedensbewegung.

Der *Deutsche Gewerkschaftsbund* (DGB) hält zwar in seinen Positionspapieren grundsätzlich auch den Einsatz militärischer Mittel im Ausland für vertretbar, vor allem bei der Bekämpfung des Terrorismus. Andererseits schränkt der DGB jedoch ein, durch militärische Gewalt dürften auf keinen Fall Zivilisten zu Schaden kommen – eine hohe Hürde, die faktisch militärische Kampfeinsätze unmöglich macht. Den eindeutigen Schwerpunkt bei der Auswahl von Mitteln zur Krisenbekämpfung setzt der DGB auf zivile Lösungsmechanismen.¹¹

Von großer Öffentlichkeitswirksamkeit sind die Aktionen der im linken politischen Spektrum beheimateten Gruppen der *Friedensbewegung*. Als Mittel außerparlamentarischen Protests dienen Demonstrationen, aber auch spektakuläre Einzelaktionen. Sie dienen dazu, die radikale Ablehnung alles Militärischen in die Öffentlichkeit zu tragen und Druck auf politische Entscheidungsträger auszuüben, wobei die relativ geringe Zahl an Sympathisanten durch außerordentliche Agilität aufgewogen werden soll. Dazu dient auch, nach Möglichkeit Unterorganisationen linker Parteien (SPD und Grüne), Kirchen und Gewerkschaften einzubinden, was durch die gemeinsame Vergangenheit in Zeiten der bundesdeutschen Friedensbewegung der siebziger und achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts erleichtert wird.¹²

2.5. Das Volk – die Bevölkerung

In der politischen Diskussion um die Auslandseinsätze der Bundeswehr dominieren – wie in nahezu allen Politikfeldern – Kräfte, die in ihrer Gesamtheit die sogenannte öffentliche Meinung bilden. Das allerdings wirft die Frage auf, wie sich die nicht-organisierte, nicht in der Öffentlichkeit äuernde Bevölkerung in diesem Zusammenhang positioniert, will sagen, ob es eine Diskrepanz zwischen öffentlicher Meinung und den Ansichten der Bevölkerung oder, definiert man diese enger, dem deutschen Staatsvolk gibt.

Nun besteht eine gewisse Schwierigkeit, den Meinungen innerhalb der Bevölkerung überhaupt auf die Spur zu kommen: Private Diskussionen im Familienkreis, unter Freunden und Kollegen und sonstige Meinungsbildung finden der Natur der Sache nach keinen Niederschlag in der Forschung irgendwie zugänglichen veröffentlichten Quellen. Es bleiben letztlich nur Zeugnisse der Meinungsforschung, vor allem Umfragen, und in gewissem Rahmen Leserbriefe in Zeitungen – wobei die Meinungsforschung durch die jeweils formulierten Fragen im Regelfall bereits bestimmte Antworten vorgibt, also nicht alle denkbaren Ansichten erfaßt. Leserbriefe (und mehr noch Kommentare im Internet) dagegen geben an der Grenze zur öffentlichen Meinung nur

¹¹ Erklärung des DGB vom 14. November 2001 (<http://www.einblick.dgb.de/hintergrund/2001/20/text01/>).

¹² Vgl. z.B. den Aufruf zur Demonstration gegen Afghanistan 2010 (<http://www.afghanistandemo.de/>).

solche Meldungen wieder, die von Autoren stammen, die überhaupt in dieser Hinsicht politisch interessiert sind – also wahrscheinlich keinen wirklichen Querschnitt durch die Bevölkerung. Auch die Anonymität spielt hier eine Rolle: So ist nicht nachzuvollziehen, wer hinter den oft wenig fundierten Einträgen in den Kommentarseiten der einzelnen Zeitungen steht. Daher fließen Leserbriefe hier nicht in die Betrachtung ein.

Im Rahmen der Demoskopie veranstalten mehrere Institutionen regelmäßig oder sporadisch Umfragen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen. Besonders engagiert ist in dieser Hinsicht das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr, das periodisch Umfragen zum die Bundeswehr betreffenden Meinungsklima in Deutschland veranstaltet und kommentiert veröffentlicht.¹³ Die Daten des Sozialwissenschaftlichen Instituts werden in Medien und Literatur vielfach aufgegriffen – so daß sie letztlich eine Beinahe-Monopolstellung erhalten bei der Beantwortung der Frage, wie denn nun die deutsche Bevölkerung über Bundeswehr und Auslandseinsätze, ja über Militärisches überhaupt denkt und befindet. Das ist durchaus problematisch, weil die Ergebnisse von Umfragen selbst bei methodisch gründlicher Durchführung der Befragungen stark voneinander abweichen können. So kann z.B. die genaue Wortwahl bei der Fragestellung das Ergebnis ebenso beeinflussen wie die Abstufung der Antwortmöglichkeiten.¹⁴

Wenngleich also Umfragewerte manchmal große Unterschiede aufweisen, lassen sich doch gewisse Grundtendenzen erkennen, die die Meinung der deutschen Bevölkerung zum Thema Auslandseinsatz (und damit auch zum Töten und Sterben) beschreiben:

1. Als erstes Faktum wäre die generelle Uninformiertheit der Bevölkerung über komplizierte sicherheitspolitische Zusammenhänge anzuführen. Meinungen basieren also zum großen Teil nicht auf Kenntnissen bzw. Wissen, sondern auf Emotionen, Eindrücken und generellen Einstellungen zu deutscher Politik.¹⁵
2. Der Grad an Informiertheit schlägt sich im Grad der Bejahung internationalen Engagements der Bundeswehr nieder. So befürworten gut informierte Befragte ein solches in erheblich höherer Prozentzahl als schlecht informierte.¹⁶
3. Zustimmung von befragten Bürgern zum Bundeswehreinsatz ist nicht automatisch identisch mit der Zustimmung zu Kampf und Einsatz militärischer Gewalt im Ausland. So genießt unter den verschiedenen (denkbaren) Aufgaben der Bundeswehr die Landesverteidigung breiten Rückhalt in der Bevölkerung, dicht gefolgt von der Bündnisverteidigung (NATO). Auswärtige, nicht in direktem Zusammenhang damit stehende Einsätze dagegen werden skeptischer beurteilt, wobei das Maß an Ablehnung mit der Zunahme zweier Faktoren korreliert: Mit der Wahrscheinlichkeit, daß Gewalt angewendet wird – und mit der inhaltlichen Entfernung des Einsatzziels von eng definierten nationalstaatlichen Interessen.¹⁷

Militärische Gewaltanwendung – Töten und Sterben im Bundeswehrdienst – unterliegt also innerhalb der deutschen Bevölkerung starken Ressentiments. Und das vor allem deshalb, weil im Diskurs zwischen Politik und Bevölkerung bzw. in dessen Scharnier, den Medien, bestimmte Zusammenhänge nicht hinreichend vermittelt werden bzw. weil die deutsche Bevölkerung in

¹³ Siehe z.B.: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Hg.), Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland – Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2007 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Strausberg 2008 (Forschungsbericht 86).

¹⁴ Rehmann, Heiko, Eine öffentliche Meinung, die es eigentlich nicht gibt, in: *Loyal – Magazin für Sicherheitspolitik* 01/2008, S. 28-29.

¹⁵ Jonas, Alexandra, Internationales Engagement Deutschlands, in: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Hg.), Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland – Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2007 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Strausberg 2008 (Forschungsbericht 86), S. 33-46, hier S. 42-45.

¹⁶ Jonas, Internationales Engagement, S. 44.

¹⁷ Biehl, Heiko, Die Bundeswehr – Ihre Aufgaben im sicherheitspolitischen Meinungsbild der deutschen Bevölkerung, in: *Reader Sicherheitspolitik, Erg.-Lfg. 6/2007*, S. 9-16, hier S. 13-15.

ihrer Masse nicht in der Lage oder nicht willens ist, komplizierte Begründungen anzunehmen. Eine Reduzierung der Einsatzbegründung auf Schlagworte dagegen wird von der Masse der Bürger nicht akzeptiert und mit anderen Simplifizierungen beantwortet („Wieso müssen deutsche Soldaten sterben, wenn sich die verschiedenen Clans in Afghanistan nicht auf eine stabile Regierung einigen können?“¹⁸).

Politische Relevanz gewinnt die Meinung der Bevölkerung nicht zuletzt dadurch, daß nicht alle Schichten und Kreise der Einwohnerschaft in gleichem Maße Auslandseinsätze der Bundeswehr – und auch Gewaltanwendung – gutheißen oder ablehnen. Die Tatsache, daß darüber gut informierte Personen tendenziell eher zur Zustimmung neigen, ist bereits angeklungen. „Gut informiert“ ist jedoch nicht automatisch identisch mit einer guten Schulbildung.

Da die momentanen Auslandseinsätze der Bundeswehr in muslimischen Staaten stattfinden, lohnt es sich, einen Blick auf die Einstellung der in Deutschland lebenden Mohammedaner zu werfen – eine Gruppe von vermutlich weniger als fünf Prozent der Gesamtbevölkerung, die aber gleichwohl in ständigem Wachstum begriffen ist und deren Ansichten in Zukunft vermutlich an Bedeutung gewinnen werden, zumal sie durch Einbürgerung auch verstärkt zur vollberechtigten Wählerschaft Deutschlands gehören wird. In jedem Fall stehen die Mohammedaner in Deutschland den gegenwärtigen Einsätzen erheblich kritischer gegenüber als die Masse der Bevölkerung, was aber möglicherweise mit dem Charakter der gegenwärtigen Missionen zu tun hat – einem Charakter, der manchen Muslimen als gegen den Islam und für die Verbreitung einer christlich-westlichen Weltsicht erscheint. Möglicherweise würden die Anhänger des Islams in Deutschland Einsätze mittragen und gutheißen, die zur Schutz muslimischer Gemeinschaften vor nicht-islamischen Bedrohungen erfolgen.

Eine Sonderposition zwischen Bevölkerung und öffentlicher Meinung nimmt die eigentlich schwer zu definierende Gruppe der Prominenten ein – zumindest, wenn Politiker und Verbandsfunktionäre diesem Kreis hier nicht zugeordnet werden. Nun ist es schwer, die große Anzahl von Literaten, Schauspielern, Sängern und sonst irgendwie bekannt gewordenen Persönlichkeiten hinsichtlich ihrer Meinungen zu Auslandseinsätzen und militärischer Gewaltanwendung auch nur halbwegs totaliter zu erfassen. Generell scheint jedoch in diesem Kreis die Ablehnung militärischer Gewalt stark zu überwiegen. Gerade Schriftsteller und in Theater, Film und Fernsehen engagierte Personen neigen dazu, die momentanen (und zukünftigen) Bundeswehreinsätze eher unter grundsätzlichen moralischen denn unter realpolitischen Gesichtspunkten zu beurteilen, und sie neigen auch dazu, ein positives Bild von zivilen Lösungsmechanismen für Krisen zu entwerfen. Und sie zeigen oft eine bemerkenswerte Verwurzelung in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, was im Endeffekt eine besonders kritische Distanz zu allem Militärischen hervorruft. Bemerkenswerte Ausnahmen zu diesem Phänomen finden sich öffentlichkeitswirksam allenfalls bei jungen Interpreten, die z.B. bereit sind, in Feldlagern der Bundeswehr aufzutreten – allerdings ohne daß damit politische Meinungsäußerungen verbunden wären.

¹⁸ Bredow, Wilfried von, *Militär und Demokratie in Deutschland – Eine Einführung*, Wiesbaden 2008, S. 258.

3. Töten und Sterben: Kirchen und Wissenschaft vor schwierigen Entscheidungen

Unterhalb der Ebene politischer Entscheidungsfindung fand und findet in der Bundesrepublik Deutschland eine breite Debatte über Militärisches statt. Darunter namentlich über die Auslandseinsätze, die in den letzten Jahren das Bild der Bundeswehr in der Öffentlichkeit zunehmend bestimmen. Diese Debatte ist nur eine von vielen, und wohl nicht die wichtigste in Deutschland, aber sie ist geeignet, mehr Emotionen zu entfachen als viele andere Themen.

Militärische Gewalt gilt als äußerste Form staatlicher Machtausübung und findet deshalb besondere Beachtung, zumal vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, die in öffentlicher Selbstwahrnehmung durch verbrecherische Exzesse von Staat und Militär zumindest im Zweiten Weltkrieg, vielleicht aber auch davor gekennzeichnet ist. Krieg als Mittel der Außenpolitik ist in Deutschland diskreditiert, das Töten für nationale (und auch andere) Interessen gilt gemeinhin als nicht akzeptabel. Diese Einschätzung findet sich fast durchgehend in der gesamten deutschen öffentlichen Meinung.

War in den letzten Abschnitten von den im engeren Sinn an politischer Entscheidungsfindung beteiligten Akteuren die Rede, ist hier auf den theoretischen Unterbau einzugehen: Dazu gehören einmal die Kirchen, die die Politik begleiten und an den Normen christlicher Ethik messen, die aber zugleich auch innere Prozesse der Meinungsfindung und –veränderung durchlaufen. Und natürlich die Wissenschaft, hier insbesondere die Disziplinen der Politologie und der Sozialwissenschaften. Die Rechtswissenschaft ist zwar auch mit dem Problem militärischer Gewaltanwendung befaßt. Doch sie entwickelt weniger Breitenwirkung, was auch daran liegt, daß ein Großteil ihrer Äußerungen im Rahmen von höchstrichterlichen Urteilen erfolgt, die dann zwar von der öffentlichen Meinung hingenommen, zuweilen auch kritisiert werden, aber ansonsten eher dem Bereich regierungsamtlichen Handelns zugeordnet werden.

3.1. Politologie und Sozialwissenschaften

Die Politologie bzw. Sozialwissenschaft betrachtet die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Regelfall unter eher grundsätzlichen Gesichtspunkten. Leitfragen berühren die außenpolitische Orientierung und das Selbstverständnis der Bundesrepublik, auch die Einordnung Deutschlands in die internationale Staatenwelt und das Problem der Identifizierung spezieller Interessen der Bundesrepublik Deutschland.

Bereits in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung 1990 versuchten namhafte Wissenschaftler, die Stellung des nunmehr souveränen Deutschland in der Welt zu beschreiben und Zielvorstellungen für die Zukunft zu formulieren. In Bezug auf die hier zu behandelnden Auslandseinsätze der Bundeswehr lassen sich in holzschnittartiger Vereinfachung zwei generelle Richtungen der Forschung identifizieren: Die erste sieht Deutschland als sogenannte Zivilmacht, ein Status, der auch für die Zukunft kennzeichnend für deutsche Außenpolitik sein solle. Die zweite stellt eine angeblich international festzustellende Normalität in den Mittelpunkt, begreift den Einsatz von Militär als unter Umständen legitimes Mittel staatlicher Politik, erkennt diese Auffassung bei vielen anderen Staaten der Welt und möchte Deutschland an solche Positionen heranführen.

Das Konzept der Zivilmacht bzw. der Zivilisierung von Beziehungen diente vor 1990 eigentlich der Beschreibung innerstaatlicher, gesellschaftlicher Prozesse, bevor es ab 1990 namentlich durch Hanns W. Maull auf die internationaler Politik und das wiedervereinigte Deutschland angewandt wurde – in den Jahren der ersten Diskussionen um Auslandseinsätze der Bundeswehr. Maull und

andere beobachteten im internationalen Vergleich ungewöhnliche Tendenzen der deutschen Außenpolitik, die sie mit dem Wort „Zivilmacht“ zusammenfaßten:¹⁹

- Das Streben nach der Verrechtlichung internationaler Politik,
- den Versuch, eine solche Verrechtlichung durch Supranationalität, also bi-, multi- und internationale Kooperation zu erreichen,
- die internationale Kooperation (v.a. VN und EG/EU) und damit die Überwindung isoliert nationalstaatlichen Handelns als wichtiges, wenn nicht wichtigstes Ziel nationaler deutscher Außenpolitik zu begreifen (Außenpolitik als Weltinnenpolitik),
- die Ablehnung militärischer Ansätze und vor allem massiver Gewalt bei der Lösung von Konflikten und damit einhergehend
- das Vertrauen, solche Konflikte mit den Mitteln von Politik (Verhandlungen), Sanktionen und Subventionen (Gewährung wirtschaftlicher Vorteile) entschärfen zu können.

Prinzipiell sahen bis Mitte der neunziger Jahre die Vertreter der Zivilmacht-Theorie keinen Grund, warum innergesellschaftliche Befriedungs- und Zivilisationsprozesse nicht auch in internationalen Systemen funktionieren sollten. Die deutsche (und auch generell europäische) Selbstdefinition in der Rolle einer Zivilmacht wurde folglich als gangbarer Weg die Zukunft gesehen, zumal eine solche Rollenzuweisung auch von außen (z.B. durch die Vereinigten Staaten) vorgenommen wurde. Das deutsche Konzept der Zivilmacht wurde dabei durchaus als international einzigartig begriffen (vielleicht abgesehen von dem ähnlich gelagerten Beispiel Japan), auch deshalb, weil ihm keine rein realpolitische Grundlage, sondern eine solche aus ethisch-politischen Werten und historischer Erfahrung – also eine emotionale – unterstellt wurde.²⁰

Nun findet das Zivilmachtskonzept auch heute noch Anhänger, ja, eine ganze Reihe der darin getroffenen Annahmen unterliegen einem breiten Konsens in der wissenschaftlichen Debatte. Es sind eher graduelle Verschiebungen, die als Veränderung bemerkenswert sind. In der Masse der politikwissenschaftlichen Arbeiten rücken seit Jahren praktische Aspekte der Auslandseinsätze in den Vordergrund – der auswärtige Einsatz von Militär wird also in gewissem Maß als etwas „Normales“ hingegenommen, das nicht eigens hinterfragt werden müsse. Die kritische Distanz zu allem Militärischen, die die Vertreter der Zivilmacht-These auszeichnete, ist mittlerweile weitgehend zum Merkmal der Friedensforschung geworden.

Die neuere Forschung definiert die gegenüber dem Kalten Krieg neuen Aufgaben der Bundeswehr im Ausland mit Schlagworten wie „Übergang von einer Verteidigungs- zu einer Interventionsarmee“.²¹ Die Bundeswehr des beginnenden 21. Jahrhunderts wird in diesem Zusammenhang als politisches Instrument der deutschen Führung verstanden, als „Spielgeld der Internationalen Politik“, dessen Einsatz nicht vorrangig mit militärischen Zweckmäßigkeiten begründet wird, sondern mit der Positionierung der Bundesrepublik im internationalen sicherheitspolitischen Kontext.²² Auf Kritik stößt insbesondere das Fehlen einer nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik Deutschland, einer Sicherheitsstrategie, die freilich auf Grund mangelnden Konsenses innerhalb der deutschen Bevölkerung nur schwer zu erarbeiten wäre.²³ Die meisten Betrachtungen stehen unter der Überschrift der Normalisierung, d.h. der Anglei-

¹⁹ Vgl. z.B. Maull, Hanns W., Zivilmacht Deutschland, Opladen 2006 (<http://www.univ-trier.de/fileadmin/fb3/POL/Maull/pubs/zivilmacht.pdf>).

²⁰ Kirste, Knut und Hanns W. Maull, DFG-Projekt „Zivilmächte“ – Fallstudie, 1994-1997 (<http://www.deutsche-aussenpolitik.de/resources/conferences/zib.pdf>).

²¹ Siehe z.B. Biehl, Heiko, Von der Verteidigungs- zur Interventionsarmee. Konturen eines gehemmten Wandels, in: Kümmel, Gerhard (Hg.), Streitkräfte im Einsatz: Zur Soziologie militärischer Interventionen, Baden-Baden 2008 (Militär und Sozialwissenschaften Bd. 42), S. 9-20, hier S. 9.

²² Biehl, Von der Verteidigungs- zur Interventionsarmee, S. 13-14.

²³ Biehl, Von der Verteidigungs- zur Interventionsarmee, S. 16-19.

chung außenpolitischer Instrumente und Verfahren Deutschlands an die seiner engsten Verbündeten seit der Regierung Schröder/Fischer.²⁴ Nun bleiben Politologie und Soziologie bei der Befassung mit Auslandseinsätzen, wie angedeutet, zumeist auf einer eher grundsätzlichen, staatstheoretischen Ebene, angereichert durch Betrachtungen zu technischen Details. Die essentielle Frage des Tötens und Getötetwerdens, die den eigentlichen Hintergrund gesellschaftlicher Auseinandersetzung um militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr bildet, bleibt oft merkwürdig verschwommen. Antworten erschöpfen sich in Hinweisen auf das Gebot der Verhältnismäßigkeit des Waffeneinsatzes und den Wunsch, zivile Opfer möglichst zu vermeiden. Eine Diskussion darüber, ob und in welchem Rahmen die Bundeswehr in näherer oder fernerer Zukunft offensiv einzusetzen sei, etwa bei dem Vorgehen gegen Massenvernichtungsmittel produzierende Staaten, unterbleibt – jedenfalls in der Öffentlichkeit. Eine Ausnahme innerhalb dieser weitverbreiteten Sprachlosigkeit bildet u.a. Jens Warburg,²⁵ der eine Reihe von Paradoxien immerhin thematisiert: So verschiebe sich in gefährlichen Auslandseinsätzen das Selbstbild der Soldaten (weg vom sicher im Inland lebenden *Staatsbürger in Uniform* hin zum *Einsatzprofi* in Krisengebieten), mit dem Ergebnis eines sich auftuenden Grabens zwischen dem Selbstbewußtsein und Weltbild der eingesetzten Bundeswehrsoldaten einerseits und der militärfernen deutschen Gesellschaft andererseits. Die von der politischen und militärischen Führung so oft gelobte Auftragstaktik werde in der diffizilen Realität des Auslandseinsatzes nicht selten zugunsten von Befehl und Gehorsam zurückgedrängt – weil die politisch-militärische Führung die Auslegung komplizierter und aufwendig ausgehandelter Einsatzregeln (*rules of engagement*) angesichts politischer und medialer Sprengkraft schlechter Nachrichten kaum einfachen Soldaten oder niedrigen Dienstgraden und Führungsebenen anvertrauen könne. In früheren Jahrzehnten kaum beachtete Verstöße gegen Vorschriften und Verhaltensregeln könnten in der Öffentlichen Meinung zur einsatzgefährdenden politischen Katastrophe werden, das Anforderungsprofil an Soldaten erhöhe sich soweit, daß sie eine unmöglich zu erreichende Fülle von Fähigkeiten und Eigenschaften in sich vereinen müßten (Kämpfer und Sozialarbeiter, Helfer und Gewaltanwender, Polizist und Soldat, tapfer und verständnisvoll, nachdenklich und zu blitzschnellem Handeln befähigt, emotional einerseits und unbeeindruckt von sie umgebenden furchtbaren Eindrücken andererseits). Durch militärische Auslandseinsätze entstehe eine gefährliche Diskrepanz zwischen den Bewußtseinswelten der Bundeswehr (Krieg und Schrecken, Töten und Sterben) und der zivilen Gesellschaft Deutschlands (Krieg allenfalls als mediales Ereignis).

3.2. Kirchen

Wie die Parteien Grundsatz- und Parteiprogramme als Dokumente gemeinsamen Konsenses erarbeiten, präsentieren auch die Kirchen in gewissen zeitlichen Abständen Zusammenfassungen ihrer Positionen zu politischen Themen – darunter zur Frage der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Diese Dokumente sind Ausdruck manchmal komplizierter Kompromisse und – ähnlich den Parteiprogrammen – in vielen Fällen eher allgemein gehalten. Innerkirchliche Diskussion findet daher auch weiterhin und in Ergänzung der gemeinsam formulierten Positionen statt.²⁶

Die *Evangelische Kirche in Deutschland* (EKD), genauer: der Rat der EKD als aus kirchlichen Würdenträgern und Laien bestehendes evangelisches Leitungsgremium, hat 2007 versucht, die Anschauungen des Protestantismus in Deutschland zum Thema Sicherheitspolitik in einer Grund-

²⁴ Wagner, Martin, Auslandseinsätze der Bundeswehr. Normalisierung statt Militarisierung deutscher Sicherheitspolitik, in: Maull, Hanns W., Sebastian Harnisch und Constantin Grund (Hg.), Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik 1998-2003, Baden-Baden 2003, S. 33-48, hier S. 33.

²⁵ Warburg, Jens, Das Militär und seine Subjekte – Zur Soziologie des Krieges, Bielefeld 2008, S. 320 ff.

²⁶ Vgl. z.B. die Haltung der Deutschen Bischofskonferenz zum Afghanistanereinsatz im Februar 2010 (http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/bischofskonferenz-keine-einheitliche-meinung-zum-afghanistanereinsatz_aid_483537.html).

satzschrift auf einen Nenner zu bringen.²⁷ Nach einer recht treffenden Beschreibung der generellen weltweiten sicherheitspolitischen Situation entwickeln die Mitarbeiter der EKD eine Strategie des evangelisch-christlichen Umgangs mit dieser Welt: Eine Strategie, die theologisch begründet den allgemeinen Gewaltverzicht anstrebt und auf friedliche Lösungsmechanismen setzt – die aber auch die Notwendigkeit einschließt, in einer faktisch friedlosen Welt unter Umständen Gewalt mit Gegengewalt zu beantworten.²⁸ Demnach ist auch ein Auslandseinsatz der Bundeswehr für evangelische Christen denkbar, nämlich dann, wenn er bestimmten Prämissen dient, so dem Schutz von Leben, der internationalen Rechtsordnung, und wenn es zum äußersten Mittel des Militäreinsatzes keine realistischen Alternativen gibt.²⁹ Der kritische Blick des Protestantismus auf militärische Gewalt wird dort sichtbar, wo sich die EKD von der eineinhalb Jahrtausende vertretenen christlichen Lehre vom „gerechten Krieg“ löst und im Rahmen einer heute eingetretenen Verrechtlichung internationaler Beziehungen statt dessen das Wort vom „gerechten Frieden“ einführt.³⁰ Die Paragraphen, in denen die Friedensschrift auf die Bundeswehr eingeht,³¹ bleiben hingegen an manchen Stellen merkwürdig – oder für die komplizierte Konsensfindung innerhalb der EKD bezeichnend – unentschieden. Im Hinblick auf die Auslandseinsätze wird vor allem das Fehlen einer nationalen, friedensethisch begründeten Strategie bemängelt, ein Fehlen, das Auslandseinsätze nicht selten als zwar bündnispolitisch, nicht aber friedenspolitisch motiviert erscheinen läßt. Im Detail fordert die EKD allerdings bestmögliche Schutzausrüstung für die Soldaten der Bundeswehr im Einsatz sowie eine angemessene Ausbildung – wobei sie den Konflikt zwischen den Erfordernissen des Kampfes und denen des Aufbaus nicht zu lösen vermag, gipfelnd in der Frage, ob denn dieselben Soldaten zu beidem geeignet seien.

Nun ist die kritische, immerhin zum Teil bejahende Position der EKD-Friedensdenkschrift innerhalb des Protestantismus durchaus nicht unumstritten. Während der Theologe Dieter Baumann sich in einem vielbeachteten Werk zur Militäretik³² mit einer Verschärfung der Kriterien für den Armeeeinsatz begnügt, etwa, wenn er die „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ auch für deutsche Streitkräfte fordert, sind der Friedenbewegung nahestehende Teile des Protestantismus in ihren Ansichten erheblich weitgehender, und das auf überaus öffentlichkeitswirksame Weise. Besonders beachtet wurde Anfang 2010 die Neujahrsansprache der EKD-Ratsvorsitzenden und Bischöfin Margot Käßmann, eine Predigt, die zwar gar nicht Afghanistan als Kernthema hatte, in der die Bischöfin aber gleichwohl ihre kritische Sicht auf (solche) Militäreinsätze effektiv zum Ausdruck brachte: „Nichts ist gut in Afghanistan. All diese Strategien, sie haben uns lange darüber hinweggetäuscht, daß Soldaten nun einmal Waffen benutzen und eben auch Zivilisten getötet werden. Das wissen die Menschen in Dresden besonders gut! Wir brauchen Menschen, die nicht erschrecken vor der Logik des Krieges, sondern ein klares Friedenszeugnis in der Welt abgeben, gegen Gewalt und Krieg aufbegehren und sagen: Die Hoffnung auf Gottes Zukunft gibt mir schon hier und jetzt den Mut von Alternativen zu reden und mich dafür einzusetzen.“³³

Katholischerseits entstand im Jahr 2000 unter Federführung der Deutschen Bischofskonferenz die Schrift „Gerechter Friede“³⁴, in der die katholisch-christlichen Positionen zu Militär und dem

²⁷ Aus Gottes Frieden Leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland a. d. J. 2007 (http://www.ekd.de/download/ekd_friedensdenkschrift.pdf).

²⁸ Ebd. § 60.

²⁹ Ebd. § 64.

³⁰ Ebd. §§ 99 ff.

³¹ Ebd. §§ 148 ff.

³² Baumann, Dieter, *Militäretik – Theologische, menschenrechtliche und militärwissenschaftliche Perspektiven*, Stuttgart 2007 (Theologie und Frieden Bd. 36), S. 553 ff.

³³ Käßmann, Margot, Neujahrspredigt 2010 (http://www.unserkirche.de/kirche/aktuell/nichts-ist-gut-in-afghanistan_4853.html).

³⁴ Deutsche Bischofskonferenz, *Das neue Bischofswort Gerechter Friede* (http://www.alt.dbk.de/gerechter-friede/dbk_data/html/sets/set_tx.html), besonders Kapitel II.7.

Einsatz desselben zusammengefaßt wurden, freilich noch ohne die erst später gesammelten Eindrücke mit den Missionen in Afghanistan verarbeiten zu können. Das Soldatenbild der katholischen Kirche darin ist durchaus nicht von solcher Skepsis und Ferne gekennzeichnet wie das der Protestanten: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ – eine bemerkenswerte, dann auch durch Dank erweiterte Aussage, deren Diskrepanz zu evangelischen Äußerungen allerdings verständlicher wird, wenn man die Entstehung beider berücksichtigt. So fußen die evangelischen Positionen vornehmlich auf deutschen Erfahrungen, während die katholischen auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil beruhen, also nicht nur (durch den Zweiten Weltkrieg eventuell diskreditiertes) deutsches Militär im Blick haben, sondern die Streitkräfte aller Länder. In seiner inhaltlichen Ausgestaltung entspricht das katholische Hirtenwohl gleichwohl in großen Zügen der evangelischen Friedensschrift, so daß die Unterschiede mehr in Stil und Wortwahl zu suchen sind.

4. Handlungsperspektiven und Zusammenfassung

Militärische Auslandseinsätze sind in der Bundesrepublik Deutschland umstritten, besonders dann, wenn damit genuin militärische Maßnahmen verbunden sind: Gewaltanwendung, mit anderen Worten das Töten von Menschen. Weder der Bundesregierung noch der eigentlich damit befaßten Institution, der Bundeswehr, gelingt es, in öffentlicher Meinung und Bevölkerung hinreichend Akzeptanz für kriegerische Auslandseinsätze der deutschen Streitkräfte einzuwerben. Das liegt vor allem daran, daß innerhalb der deutschen Bevölkerung, vor allem aber innerhalb der politisch relevanten Schichten derselben kein Grundkonsens darüber vorhanden ist, welche Ziele die deutsche Außenpolitik denn nun verfolgen solle. Im politischen und gesellschaftlichen Raum dominiert eine stark an Moral orientierte Haltung, eine Haltung, die unmittelbar zwischen Gut und Böse zu unterscheiden sucht und dabei – bei aller Weltgewandtheit – nicht in der Lage ist, die schwierige Differenzierung nachzuvollziehen, die sich manchmal zwischen guten Zielen und dazu auf den ersten Blick verwerflichen, aber gleichwohl notwendigen Mitteln ergibt.

Ein besonderes Problem für die Rechtfertigung militärischer Gewalt besteht in der Staatsdoktrin der Bundesrepublik Deutschland: Die ganz bewußte Abkehr von allem militärisch geprägten Denken, von Gewalt überhaupt ist ein Reflex auf die Exzesse des Nationalsozialismus. Von diesem im Übermaß an Anspruch genommene Werte sind heute gebrandmarkt, und nicht nur Werte, sondern auch Begriffe – wobei gerade Begriffe von enormer Wichtigkeit für jeglichen Diskurs sind. Nur ist es – das zeigen allein die Ereignisse der Jahre 2009 und 2010 – nicht möglich, alle militärische Begrifflichkeit aus dem deutschen Diskurs zu verbannen. Worte wie: Gefallener, Krieg, Tapferkeit und Held ziehen wieder ein in den deutschen Sprachgebrauch, und zwar deshalb, weil die aus Zivilgesellschaft und Rechtswissenschaft kommenden Begriffe ebensowenig zur Verständigung innerhalb und mit der Bevölkerung geeignet sind wie die kollektive Beschimpfung mit Worten wie Mörder, Kriegstreiber usw.

Aber: Die Bevölkerung ist nicht alles, und in ihren Meinungen ist sie vielleicht nicht einmal der entscheidende Faktor in Deutschland. Politisch wichtiger ist wohl die öffentliche Meinung, die abgesehen von wenigen Ausnahmen militärischer Gewaltanwendung überaus kritisch gegenübersteht. Dieses Faktum wird sich durch die Bundeswehr kaum ändern lassen, schließlich bedienen bestimmte Medien auch eine jeweils bestimmte Klientel, eine Klientel, die oft durch Jugenderfahrungen geprägt ist und sich damit grundlegenden Wertewechseln weitgehend entziehen dürfte. Die Bundeswehr wird bei ihren Rechtfertigungsbemühungen noch lange auf ablehnende und polemisch-kritische Kommentare aus der deutschen Medienlandschaft, aber auch aus Kreisen der sogenannten Intellektuellen gefaßt sein müssen. Gleiches gilt für die Gewerkschaften und andere nicht-staatliche Organisationen, und in abgestufter Weise auch für die Kirchen. Vor allem die in ihrer Betrachtung auf Deutschland fixierte evangelische Kirche

dürfte kaum bereit sein, in nächster Zukunft deutsche militärische Gewaltanwendung gutzuheißen. Allenfalls die weit über Deutschland hinaus orientierte katholische Konfession könnte in dieser Hinsicht eine Vorreiterrolle einnehmen.

Nun wird sich, so wünschenswert das auch sein mag, in naher und mittlerer Zukunft kein gesellschaftlicher Konsens über Ziele und Mittel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bilden – jedenfalls keiner, der militärisches Engagement in all seinen Facetten zum anerkannten und unterstützten Instrument macht, so wie das in zahlreichen verbündeten Staaten der Fall ist. Das verringert bedeutend die Chancen für die Bundeswehr, ihr (politisch gewolltes) Auslands-Engagement im Inland so darzustellen, daß ihr eine breite gesellschaftliche Unterstützung in Deutschland entsteht.

Es sind also allenfalls Maßnahmen im Kleinen, die die deutschen Streitkräfte auf diesem Weg ergreifen können, zumal es nicht Aufgabe der Bundeswehr sein kann, einen sicherheitspolitischen Diskurs zu dominieren oder auch nur anzustoßen. Dabei muß es darum gehen, die Öffentlichkeit mit Zwängen und Notwendigkeiten der Einsatzerfüllung vertraut zu machen und auf diese Weise um Verständnis für Militärisches zu werben:

1. Grundvoraussetzung ist eine offensive Informationsarbeit gegenüber den Medien, die nach Möglichkeit als Partner gewonnen und eingebunden werden müssen. Offenheit schafft Vertrauen und verhindert, daß Gerüchte, unzutreffende Vermutungen oder Mißtrauen die Darstellung innerhalb der Medien prägen. Folglich darf die Betreuung von Medienvertretern auch nur geschultem Personal überlassen werden, das mit der nötigen Unbefangenheit an die Aufgabe herangeht, sich aber auch der Fallstricke bewußt ist, die dabei auftreten können.

2. Natürlich gibt es im Zusammenhang mit militärischen Operationen die Notwendigkeit, bestimmte Aspekte geheimzuhalten. Diese Geheimhaltung ist jedoch auf den absolut notwendigen Kernbereich militärischen Handelns zu beschränken. Sie darf nicht dazu führen, daß bestimmte Vorkommnisse vertuscht werden. Eventuelle Fehler (wie z.B. zivile Opfer) werden ohnehin bekannt, ein Versuch, diese der Öffentlichkeit vorzuenthalten, schürt nur das Mißtrauen gegenüber der Bundeswehr.

3. Die Bundeswehr muß versuchen, Teil des öffentlichen Lebens in Deutschland zu werden. Nur auf diese Weise kann sie es vermeiden, zu einem Instrument staatlichen Handelns zu werden, *über* das, aber nicht *mit* dem diskutiert wird. Ein wichtiger Aspekt dieses Problems ist die Frage, wie den das Leitbild des *Staatsbürgers in Uniform* ausgestaltet wird. Bislang gilt dieses Leitbild eher für den Bereich der inneren Führung, dient also dazu, Ziviles in das Militärische hineinzutragen und dort zu verankern. In einer militärischen Zusammenhängen völlig entwöhnten Gesellschaft wie der deutschen ist es jedoch erforderlich, diese Beziehung umzukehren: Die Soldaten müssen ihren Sachverstand, ihre Nöte, ihre Erfahrungen in die gesellschaftliche Diskussion einbringen, um für sich selbst, aber auch für aus Staatsraison unumgängliche Maßnahmen zu werben.

4. Die Verantwortlichen der Bundeswehr müssen versuchen, in der Wahl der Begriffe eine Sprache zu entwickeln, die einerseits von der Bevölkerung verstanden, andererseits aber auch von den Medien transportiert wird. Geschehnisse und Aktionen sind so zu benennen, wie sie dem üblichen Wortgebrauch entsprechen, also ohne verharmlosende oder verkomplizierende Verrenkungen. Wenn an einem Ort der Welt Panzer schießen, Kampfflugzeuge Bomben abwerfen und schwerbewaffnete Soldaten patrouillieren, dann herrscht dort – wenn es sich nicht um ein Manöver handelt – nach landläufiger Meinung der Bevölkerung *Krieg*. Andere Benennungen, die immer wieder von Seiten der Bundeswehr und vor allem der politischen Führung genutzt werden, führen nur dazu, vor der Masse der Bevölkerung den Charakter der jeweiligen Operation zu verschleiern (vor allem Bezeichnungen, die mit *Frieden* verbunden sind – *friedensschaffend*, *friedens-erzwingend*). Erst die Erkenntnis des Ernstes der Situation wird jedoch dazu beitragen, in der

Bevölkerung Akzeptanz für militärische Gewalt und ihre Folgen zu schaffen. Die Nebenfolgen einer solchen Veränderung der Wortwahl, vor allem verschärfte Proteste aus Kreisen der Friedensbewegung, müßten in Kauf genommen werden.

Die Alternative zur Nichtumsetzung der eben genannten Verfahrensregeln bestünde in einer ständigen Defensive gegenüber der öffentlichen Meinung sowie einer auf Dauer geringen Verankerung der deutschen Streitkräfte und ihrer Operationen in der Bevölkerung. Das wäre hinzunehmen, ginge es nur um einen begrenzten Zeitraum und eine Operation (wie zurzeit Afghanistan). Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird sich jedoch die internationale Lage nicht so stark verändern, daß mit einem Rückgang des militärischen Engagements der Vereinigten Staaten, der NATO, der EU, der VN und damit auch Deutschlands zu rechnen ist. Viel eher ist anzunehmen, daß auch in Zukunft die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag zur Außen- und Sicherheitspolitik zu leisten haben, einen Beitrag, der mit hoher Wahrscheinlichkeit auch Kampf, also Töten und Getötet-Werden, enthalten wird. Also ist die Bundeswehr gezwungen, auch ohne gesellschaftlichen Grundkonsens die Interessen ihrer Soldaten wahrzunehmen, vor allem, wenn es sich um die Rechtfertigung und Akzeptanz von Handlungen dreht, die in einer Zivilgesellschaft fremd, ungewöhnlich und deshalb mit Mißtrauen betrachtet sind. Anders ist der Einsatz einer Parlaments-Armee durch eine pluralistische Demokratie nicht zu verantworten.

5. Literatur

5.1. *Gedruckte Quellen*

Baumann, Dieter, *Militäretik – Theologische, menschenrechtliche und militärwissenschaftliche Perspektiven*, Stuttgart 2007 (Theologie und Frieden Bd. 36).

Biehl, Heiko, *Die Bundeswehr – Ihre Aufgaben im sicherheitspolitischen Meinungsbild der deutschen Bevölkerung*, in: *Reader Sicherheitspolitik, Erg.-Lfg. 6/2007*, S. 9-16.

Biehl, Heiko, *Von der Verteidigungs- zur Interventionsarmee. Konturen eines gehemmtten Wandels*, in: Kümmel, Gerhard (Hg.), *Streitkräfte im Einsatz: Zur Soziologie militärischer Interventionen*, Baden-Baden 2008 (Militär und Sozialwissenschaften Bd. 42), S. 9-20.

Bredow, Wilfried von, *Militär und Demokratie in Deutschland – Eine Einführung*, Wiesbaden 2008.

Bundesministerium der Verteidigung (Hg.), *Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*, Berlin 2006.

Dörfler-Dierken, Angelika und Gerd Portugall (Hg.), *Friedensethik und Sicherheitspolitik – Weißbuch 2006 und EKD-Friedensschrift 2007 in der Diskussion*, Wiesbaden 2010 (Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr Band 8).

Erlar, Gernot, *Mission Welfrieden – Deutschlands neue Rolle in der Weltpolitik*, Freiburg/Basel/Wien 2009.

Jonas, Alexandra, *Internationales Engagement Deutschlands*, in: *Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Hg.), Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der*

Bundesrepublik Deutschland – Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2007 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Strausberg 2008 (Forschungsbericht 86), S. 33-46

Kümmel, Gerhard, Civil-Military Relations in Germany: Past, Present and Future, Strausberg 2001 (SoWi-Arbeitspapier Nr. 131).

Kümmel, Gerhard (Hg.), Streitkräfte im Einsatz: Zur Soziologie militärischer Interventionen, Baden-Baden 2008 (Militär und Sozialwissenschaften Bd. 42).

Maul, Hanns W., Sebastian Harnisch und Constantin Grund (Hg.), Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik 1998-2003, Baden-Baden 2003.

Rauch, Andreas M., Auslandseinsätze der Bundeswehr, Baden-Baden 2006.

Rehmann, Heiko, Eine öffentliche Meinung, die es eigentlich nicht gibt, in: Loyal – Magazin für Sicherheitspolitik 01/2008, S. 28-29.

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Soldaten als Diener des Friedens – Erklärung zur Stellung und Aufgabe der Bundeswehr vom 29. November 2005, Bonn 2005.

Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Hg.), Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland – Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2007 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Strausberg 2008 (Forschungsbericht 86).

Spangenberg, Stefan, Bundeswehr und öffentliche Meinung – Betrachtungen zum aktuellen Verhältnis zwischen Gesellschaft und Streitkräften, Strausberg 1998 (SoWi-Arbeitspapier Nr. 114).

Wagner, Martin, Auslandseinsätze der Bundeswehr. Normalisierung statt Militarisierung deutscher Sicherheitspolitik, in: Maul, Hanns W., Sebastian Harnisch und Constantin Grund (Hg.), Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik 1998-2003, Baden-Baden 2003, S. 33-48.

Warburg, Jens, Das Militär und seine Subjekte – Zur Soziologie des Krieges, Bielefeld 2008.

5.2. Internet

(in Klammern das Datum des letzten Seitenaufrufes durch den Verfasser)

Parteiprogramme:

SPD-Parteiprogramm von 2007

http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Hamburger-Programm_final.pdf (30.03.2010).

CDU-Parteiprogramm von 2007

<http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf> (30.03.2010).

CSU-Parteiprogramm von 2007

<http://www.csu.de/dateien/partei/gsp/grundsatzprogramm.pdf> (30.03.2010).

NPD-Parteiprogramm von 1996

http://medien.npd.de/dateiablage/Parteiprogramm_2010.pdf (30.03.2010).

Bündnis 90/Die Grünen-Grundsatzprogramm von 2002

http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/68/68425.grundsatzprogramm_die_zukunft_ist_gruen.pdf
(30.03.2010).

Die Linke-Parteiprogramm (Entwurf von 2010, noch nicht in Kraft)

http://die-linke.de/fileadmin/download/programmdebatte/100320_programmentwurf_final.pdf
(30.03.2009).

FDP-Deutschlandprogramm 2009

http://www.fdp-bundespartei.de/files/653/Deutschlandprogramm09_Endfassung.PDF
(31.03.2010).

Online-Auftritte von Druckmedien:

Junge Freiheit

<http://www.jungefreiheit.de/> (06.05.2010).

FAZ

<http://www.faz.net/s/homepage.html> (06.05.2010).

Die Zeit

<http://www.zeit.de/index> (06.05.2010).

Der Spiegel

<http://www.spiegel.de/> (06.05.2010).

Die Tageszeitung

<http://www.taz.de/> (06.05.2010).

Neues Deutschland

<http://www.neues-deutschland.de/> (06.05.2010).

sonstige Artikel:

Aufruf zur Demonstration gegen Afghanistan 2010

<http://www.afghanistandemo.de/> (27.04.2010).

Bischofskonferenz – Keine einheitliche Meinung zum Afghanistan-Einsatz, in: Focus vom 23.02.2010

http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/bischofskonferenz-keine-einheitliche-meinung-zum-afghanistan-einsatz_aid_483537.html (01.04.2010).

Deutsche Bischofskonferenz, Das neue Bischofswort *Gerechter Friede*

http://www.alt.dbk.de/gerechter-friede/dbk_data/html/sets/set_tx.html (08.04.2010).

Erklärung des DGB vom 14. November 2001

<http://www.einblick.dgb.de/hintergrund/2001/20/text01/> (27.04.2010).

Geis, Anna, Die Zivilmacht Deutschland und die Enttabuisierung des Militärischen, in: HSFK-Standpunkte 2/2005

[http://www.hsfk.de/downloads/Standpunkte-2-2005\(druckfrei\).pdf](http://www.hsfk.de/downloads/Standpunkte-2-2005(druckfrei).pdf) (06.04.2010).

Käßmann, Margot, Neujahrspredigt 2010

http://www.unserkirche.de/kirche/aktuell/nichts-ist-gut-in-afghanistan_4853.html
(08.04.2010).

Kirste, Knut und Hanns W. Maull, DFG-Projekt „Zivilmächte“ – Fallstudie, 1994-1997

<http://www.deutsche-aussenpolitik.de/resources/conferences/zib.pdf> (06.04.2010).

Mair, Stefan (Hg.), Auslandseinsätze der Bundeswehr – Leitfragen, Entscheidungsspielräume und Lehren, SWP-Studie 2007/S 27

http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4355 (06.04.2010).

Maull, Hanns W., Zivilmacht Deutschland, Opladen 2006

<http://www.uni-trier.de/fileadmin/fb3/POI/Maull/pubs/zivilmacht.pdf> (06.04.2010).

Nolte, Detlef, Macht und Machthierarchien in den internationalen Beziehungen: Ein Analysekonzept für die Forschung über regionale Führungsmächte, GIGA Working Papers Nr. 29, 2006

http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/wp29_nolte.pdf (06.04.2010).

Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.), Aus Gottes Frieden Leben – für gerechten Frieden sorgen, Denkschrift a. d. J. 2007.

http://www.ekd.de/download/ekd_friedensdenkschrift.pdf (07.04.2010).

Sander, Ulrich, Neu aufgestellt

<http://antifa.vvn-bda.de/200909/1301.php> (31.03.2010).

Weiland, Severin, Das böse Wort vom Kampfeinsatz, in: Der Spiegel vom 04.09.2006

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,435022,00.html> (31.03.2010).

Weiland, Severin, Der weichgespülte Kampfeinsatz, in: Der Spiegel vom 10.01.2008

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,527869,00.html> (31.03.2010).